

Offene Prüfaufträge der Fraktionen zum Haushalt 2018 ff. Stand: Oktober 2020

Lfd. Nr.	Fraktion Gremium	Prüfauftrag	Zust. Fachdienst	Bearbeitungsstatus/Ergebnis (bspw. Vorlagen Nr.) Stand: Oktober 2020
5	CDU	Es ist zu prüfen, inwieweit es möglich ist, einen Mitarbeiterpool für Ordnungsangelegenheiten zu bilden (Ordnungsreferat). So könnten beispielsweise die Aufgaben – Überwachung des ruhenden Verkehrs, Überwachung des fließenden Verkehrs, Aufgaben der Waffenbehörde – durch Mitarbeiter dieses Pools bei entsprechender Qualifizierung erledigt werden.	32 (Bürger-service)	Nach wie vor besteht ein Personalengpass im Bereich der Verkehrsbehörde. Die Stellenbesetzungsverfahren laufen erst wieder an. Bedingt durch die Corona-Pandemie und die sich häufig ändernden Vorschriften sind auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsbereiches derzeit stark ausgelastet mit der Prüfung der Einhaltung selbiger Vorschriften.
10	Finanzausschuss	Die Verwaltung soll gemeinsam mit der KGS zeitnah ein Konzept erarbeiten, wie der notwendige Raumbedarf ab dem Jahr 2020 gestaltet werden soll. Hierbei sollen die Erkenntnisse aus der Planung für das Gymnasium mit einfließen.	40 (Bildung) 91 (Immobilien)	Die Aufstellung von acht Unterrichtscontainern ist weitestgehend abgeschlossen. Die KGS hat diesbezüglich ein pädagogisches Konzept erarbeitet. Nach Erörterung im VV wurde vereinbart, dass durch den FD 40 eine BV "Bedarfsfeststellung" zu erstellen ist. In Absprache mit 91 werden gemeinsame Termine mit der KGS anberaumt, um die Formulierung der Vorlage und die genaue Zielsetzung zu definieren. Das Auftakttreffen ist für den 23.11.2020 terminiert.

Lfd. Nr.	Fraktion Gremium	Prüfauftrag	Zust. Fachdienst	Bearbeitungsstatus/Ergebnis (bspw. Vorlagen Nr.) Stand: Oktober 2020
12	CDU SPD	<p>Der Rat beschließt als Selbstbindung zur Schaffung von öffentlich geförderten bzw. bezahlbaren Wohnraum, in allen geeigneten Bebauungsplänen (Neuaufstellung und Bestand) Flächen für den sozialen Wohnungsbau auszuweisen. Als Zielvorgabe werden 20% für sozialen und 20% für bezahlbaren Wohnungsbau formuliert. Sofern Planflächen als nicht geeignet angesehen werden oder abweichende Zielvorgaben verfolgt werden, ist dieses zu begründen. Die Verwaltung wird beauftragt in einer Vorlage geeignete Flächen zu ermitteln, auf denen sozialer Wohnungsbau stattfinden kann und die Voraussetzungen für eine Umsetzung darstellen. Hierzu gehören auch Flächen, für die eine gewerbliche Nutzung vorgesehen war, die sich aber nicht realisieren lässt. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Wohnungsgenossenschaften und anderen geeigneten Vermietern im öffentlich geförderten Wohnraum Verhandlungen aufzunehmen, um diese zu entsprechenden Baumaßnahmen zu ermuntern. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Fördergelder für diese Projekte durch Region und Land zu generieren. Die Verwaltung wird beauftragt, für wirtschaftlich nicht mehr darstellbare städtische Objekte (Sanierungsstau, energetischer Zustand, Wohnstandards) mit Wohnungsbauträgern und Grundstücksentwicklungsgesellschaft, wie der GEG, entsprechende Modelle zu entwickeln. Hierfür bieten sich Objekte an, die einen baulichen Zusammenhang bilden. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Beschlussumsetzung im Fachausschuss regelmäßig zu berichten.</p>	61 (Stadtplanung)	<p>Der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. hat in seiner Sitzung am 03.09.2020 auf der Grundlage der Beschlussvorlagen 2020/147 und 2020/147/1 folgenden Beschluss gefasst: "In neuen Baugebieten ab 25 Wohneinheiten müssen 20 % der Wohneinheiten als sozialer Wohnungsbau geplant werden. Diese Bindung wird für 3 Jahre festgeschrieben." Die Umsetzung dieser Beschlusslage erfolgt durch die Verwaltung wie in der Begründung zur Vorlage näher ausgeführt wird. Somit wird in der Regel in Neubaugebieten in der Kernstadt und in den ländlichen Kleinzentren sozialer Wohnraum durch städtebauliche Verträge geschaffen. Aber auch in kleineren geeigneten Baugebieten in der Kernstadt oder in Baugebieten von nicht ländlichen Kleinzentren, die aufgrund ihrer städtebaulichen Rahmenbedingungen für Mehrfamilienhäuser geeignet sind, kann nach gesonderter Entscheidung öffentlich geförderter Wohnungsbau entstehen. Bezahlbarer Wohnraum soll auch bei dem Verkauf von geeigneten städtischen Grundstücken berücksichtigt werden.</p>

Lfd. Nr.	Fraktion Gremium	Prüfauftrag	Zust. Fachdienst	Bearbeitungsstatus/Ergebnis (bspw. Vorlagen Nr.) Stand: Oktober 2020
13	CDU SPD	<p>Freie WLAN-Versorgung im öffentlichen Raum</p> <p>Der Bürgermeister der Stadt Neustadt wird beauftragt, ein Konzept zur schrittweisen Einrichtung einer kostenfreien WLAN-Versorgung des öffentlichen Raums durch öffentliche WLAN-Knotenpunkte der Stadt (öffentl. Hotspots) zu erstellen. Dabei sollen insbesondere nachfolgende Fragen und Sachverhalte berücksichtigt werden:</p> <p>1. Welche öffentlichen Einrichtungen in den Ortsteilen der Stadt sind im Hinblick auf deren Standort und technische Ausstattung für einen öffentlichen drahtlosen Internet-zugang geeignet, und wo gibt es diesen bereits?</p> <p>2. Welche öffentlichen Plätze und Gebäude in den Ortsteilen der Stadt sind besonders frequentiert und sollten deshalb in einem ersten Schritt vorrangig mit freien Internetzugängen über öffentliche Hotspots versorgt werden? Dabei sollen neben anderen möglichen Orten insbesondere der Bereich der Fußgängerzone und touristische Schwerpunkte in Mardorf betrachtet werden.</p> <p>3. Das angestrebte Netzwerk soll so aufgebaut werden, dass mit geringem Aufwand eine unbegrenzte Anzahl an WLAN-Knotenpunkten hinzukommen können. Es soll die Möglichkeiten bestehen, neben öffentlichen Hotspots auch private WLAN-Versorgung bzw. Vernetzung einzubeziehen. Das sollen WLAN-Zugänge von Gastronomiebetrieben, Banken- und Sparkassenfilialen, Geschäften oder sonstigen Dritten sein können. Das langfristige Ziel soll eine Verknüpfung öffentlicher und privater Internetzugangsknoten zu einem stadtweiten WLAN-Netz sein. Es soll geprüft werden, welche Maßnahmen dafür zu treffen sind.</p> <p>4. Es soll geprüft werden, welche Kooperationspartner zur Einrichtung kostenfreier Hotspots gewonnen werden können bzw. erforderlich sind. Insbesondere soll dabei eine Zusammenarbeit mit dem Freifunk e.V. geprüft werden.</p> <p>5. Welche rechtlichen Voraussetzungen sowie ggf. technischen Maßnahmen wären für einen Betrieb öffentlicher Hotspots der Stadt notwendig?</p>	61 (Stadtplanung)	<p>Die Wirtschaftsförderungs GmbH und der Verein Stadtmarketing haben im Mai 2019 drei WLAN-Hotspots über den Anbieter htp in der Innenstadt zur Versorgung der Hauptfußgängerzone und des Bahnhofsvorplatzes installieren lassen. Die Leistungen an den Hotspots sind bereits seit Herbst 2019 verfügbar.</p> <p>Im zweiten Aufruf zum Förderprogramm Wifi4EU hat die Stadt Neustadt Mitte Mai 2019 eine Förderzusage erhalten. Die Fördersumme beträgt maximal 15.000,-€ für Investitionen und Installation der WLAN-Router und muss bis August 2021 abgerufen werden. Laufende Kosten werden aus dem Budget der Wirtschaftsförderungs GmbH getragen. Die Router sollen vorzugsweise am Uferweg (5 - 6 Hotspots) sowie am Aloys-Bunge-Platz in Mardorf installiert werden. Die für die Einrichtung der Hotspots im Bereich des Landschaftsschutzgebietes erforderliche naturschutzrechtliche Genehmigung der UNB liegt zwischenzeitlich vor. Problematisch ist noch die derzeit verfügbare Bandbreite sowie die Stromzufuhr am Uferweg, so dass die Hotspots nicht an allen geplanten Standorten umgesetzt werden können.</p>
15	UWG	<p>Die UWG fordert im Rahmen der Haushaltsplanung die Fortschreibung der Informationsvorlagen „Sanierungsbedarf bei den städtischen Schulen“ und „Sanierungsbedarf bei den städtischen Sporthallen“ (Vorlagen Nr. 2012/199 und 2012/200)</p>	91 (Immobilien)	<p>Für die Sporthallen erfolgte hierzu eine Bekanntgabe im VA am 17.02.2020 (s. Anlage 2 des Protokolls der Sitzung des VA am 17.02.2020).</p>

Lfd. Nr.	Fraktion Gremium	Prüfauftrag	Zust. Fachdienst	Bearbeitungsstatus/Ergebnis (bspw. Vorlagen Nr.) Stand: Oktober 2020
16	CDU	In Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsbetriebe Neustadt am Rübenberge GmbH ist zu prüfen, ob die Entwicklung eines Energiecontracting realisiert werden kann.	91 (Immobilien)	Durch den Wegfall der Personalressource im Bereich Klimaschutz muss dieser Prüfauftrag zunächst zurückgestellt werden.
18	UWG	Sportentwicklungsplan: Die Verwaltung soll Voraussetzungen für das Einwerben von Fördergeldern ermitteln	40 (Bildung)	Der Landessportbund (LSB) bewilligte 5.700 EUR Fördergelder. Im Haushalt wurden gesamt 30.000 EUR eingestellt. Der Vertrag mit Dr. Göring konnte unterzeichnet werden. Das Projekt läuft an und startet für die breite Öffentlichkeit ab Ende 10/20 mit einem Video zum Thema. Danach folgt die Auftaktveranstaltung.
19	SPD/CDU	Familienzentrum für Neustadt a. Rbge.: Die Verwaltung soll ein entsprechendes Konzept erarbeiten und mögliche geeignete Standorte suchen und vorstellen.	51 (Kinder u. Familien)	Derzeit aus personellen Gründen ausgesetzt.